

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Asylrecht für italienische Flüchtlinge!

Ein Appell an die Regierungen.

Das Zentralkomitee der italienischen Emigranten in Paris hat den Außenministern derjenigen europäischen Staaten, nach denen sich die italienische Auswanderung in erster Linie richtet, einen Brief geschickt, der die Wahrheit über die gegenwärtigen Zustände in Italien schildert und die Verantwortlichkeit der faschistischen Regierung für den Stand der Dinge beweist, der zu solchen Gewalttätigkeiten wie dem Attentat an der Sorta Pia führt. Eine Abschrift des Briefes ist an den Vorsitzenden des Völkerbundes abgegangen. Der Text lautet:

Die Unterzeichneten Leiter der Bewegung „Friede und Freiheit“, mit der antifaschistischen Aktion im Auslande betraut und Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen der italienischen Demokratie, beehren sich, den Außenministern Frankreichs, Englands, Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs, Deutsch-Oesterreichs, der Schweiz und der Tschechoslowakei folgende Betrachtungen zu unterbreiten:

Zum dritten Male innerhalb von zehn Monaten ist Herr Mussolini, Haupt der faschistischen Regierung in Italien, das Ziel eines Attentats geworden. Das erste, das Janiboni am 4. November 1925 verübte, ist nichts als ein politischer Täuschungsversuch gewesen, dessen Hauptopfer Janiboni selbst geworden ist. Aber das genügt dem italienischen Diktator zu pathetischen Vorwänden, um

die freie Presse immer härter zu unterdrücken, die politischen Organisationen aller ihrer Rechte zu berauben und eine beförderte Strafgesetzgebung zum Schutze seiner Person

zu schaffen. Maßnahmen dieser Art können zu nichts anderem führen als zu einer Ueberempfindlichkeit der Geister, die die wahre Quelle von Attentaten ist. In der Tat sind in diesem Jahre dem Attentat vom 4. November 1925 das von Mrs. Gibson am 6. April und das von Luceiti am 10. September gefolgt.

Dieses letztere, verübt von einem jugendlichen italienischen Arbeiter, der bereits nach Frankreich ausgewandert war, hat Herrn Mussolini den Vorwand gewährt, die Frage der politischen Emigranten aufzugreifen. Aus einer Rede des Diktators und den von ihm inspierten Pressekommentaren geht hervor, daß die faschistische Regierung den ausländischen Regierungen zumutet, die italienischen politischen Emigranten, die Gäste der betreffenden Länder sind, als „Verbrecher gegen das gemeine Recht“ zu betrachten und sie mit Landesausweisung und Auslieferung an die italienische Grenzpolizei zu strafen. Diese Auslassungen richten sich zwar zunächst gegen die französische Regierung, interessieren aber ebenso auch die anderen europäischen Regierungen mit italienischen Emigranten.

Wir sind sicher, daß die ausländischen Regierungen diesen absurden Zumutungen des Herrn Mussolini ebenso berechtigten wie

entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen werden. Nichtsdestoweniger halten wir es für angebracht, die Ansicht der italienischen Demokratie bekanntzugeben.

Nichts ist dem Geiste und der Ueberlieferungen der italienischen demokratischen Parteien mehr zuwider als Attentate. Der Faschismus hingegen hat in Italien das Lösungswort eingeführt: „Bereit zum Tode!“, das Mussolini selbst formuliert hat. Diesem barbarischen Lösungswort entspricht

die lange Reihe der von Faschisten oft auf direkten Geheiß ihrer Führer, Mussolini mit einbegriffen, begangenen Verbrechen

gegen Persönlichkeiten und Organisationen der italienischen demokratischen Parteien. Diese Verbrechen sind nicht nur ungeführt geblieben, sondern werden jeden Tag von der faschistischen Presse als Akte des reinsten Patriotismus verherrlicht. Die Parteien und politischen Ideen, die dem Diktator Mussolini feindlich gegenüberstehen, haben in Italien keine Möglichkeit, sich legal zu äußern. Bann, Verfolgung, Verleumdung sind das tägliche Brot derer, die dem Faschismus mit den Mitteln der Presse, des Parlaments und der Wahlen entgegengetreten wollen.

Wir stellen fest und gemahnen, daß die demokratischen Richtungen der italienischen Emigration dem Grundsatz und den Ueberlieferungen der gesetzlichen Kampfweise der entsprechenden Parteien in Italien treu bleiben. Wir erklären aber zur gleichen Zeit in ihrem Namen, daß

die sittliche Verantwortung für die Attentate einzig und ausschließlich auf die faschistische Diktatur zurückfällt.

Diese hat durch ihre Akte und ihre Sprache die stolzen Seelen des italienischen Volkes dahin gebracht, an den gesetzlichen Kampfmitteln zu verzweifeln, die der Faschismus, wie wir wiederholen, vollkommen unterdrückt hat, das früher derselbe Mussolini bezeichnet hat als „die tröstliche Religion der Anarchie“. (Mussolini im „Popolo d'Italia“ vom 6. April 1920.) Wenn so die Diktatur das erntet, was sie gesät hat, haben wir das Recht, auf das energischste die Verantwortung von uns zu weisen, die man auf die Masse der italienischen Emigranten schieben will. Wir glauben, diese unsere legitime Beschwerde unmittelbar an die Häupter derjenigen zivilisierten Nationen richten zu müssen, die — zu ihrer Ehre und zu unserer Stärkung — uns gemäß ihren freihetlichen und humanen Gesetzen beherbergen und beschützen.

Wir bitten die Herren Minister, die Versicherung unserer tiefsten Ehrerbietung entgegenzunehmen zu wollen.

Bezeichnet
Morgari (Sozialdem. Abgeordn.) Triaca (Italienische Liga für Menschenrechte) Donati (Vogelwürger, Direktor des „Corriere degli Italiani“)

Kommunistisches Russentheater.

Die „2. Arbeiterdelegation“.

Eine Reisegesellschaft, der die kommunistische Presse den stolzen Titel einer „2. Arbeiterdelegation“ verliehen hat, wird heute abend im Lehrervereinshaus erzählen, was sie in Rußland erlebt hat. Auch ein paar verlausene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werden sich an dieser kommunistischen Veranstaltung beteiligen. Sie werden dafür in der „Roten Fahne“ als Helden gefeiert und aufgefördert, gegenüber den Parteinstanzen zu handeln, wie die russischen Arbeiter, „die sich weder durch die Knete noch durch das Maschinengewehr einschüchtern ließen“. Dazu ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratische Partei über so schätzenswerte Instrumente wie Knuten und Maschinengewehre nicht verfügt. Sie besitzt auch kein Mittel, um Arbeiter einzuschüchtern. Wer ihr angehört, tut es freiwillig, und wenn er es anständig tut, dann fügt er sich ihrer Disziplin.

Bei der Vorstellung, eine Partei könne die Arbeiter durch Anwendung von Gewaltmitteln einschüchtern, spielen also offenbar noch russische Erinnerungen mit.

Die „2. Arbeiterdelegation“ hatte Pech. Sie war schon blamiert, noch ehe sie den deutschen Boden wieder betrat. Denn sie hatte zugleich mit dem Führer der Gelben, Herrn Geisler, und den deutschen nationalen pommerischen Krautjunker v. Rohr und v. Brodhausen die Ehre, Gast der russischen Regierung zu sein, während dem Berichterstatter des „Vorwärts“, dem Genossen Heinig, das Betreten des Sowjetrussischen Bodens verboten wurde, obwohl Heinig zu den ältesten Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland gehört und obwohl es seine Aufgabe sein sollte, so objektiv und unparteiisch wie möglich zu berichten.

Heinig's Reise mußte unerleiben. Seine Berichte blieben ungeschrieben. Und doch kann eines gesagt werden: Heinig hätte ganz gewiß nicht den Satz geschrieben, den Röber in der „Roten Fahne“ ausspricht:

Ferner möchte ich noch betonen, daß für die Menschewilli im Gefängnis von Ißsa seitens der Sowjetregierung alles getan wird, um sie das Zellenhafte vergessen zu machen.

Aus demselben Blatt haben wir jüngst durch Steinicke erfahren, daß die Menschewilli, unsere russischen Genossen, deshalb in den Gefängnissen sitzen, weil sie nicht aufhören, für ihre Partei, die sozialdemokratische, „organisatorische Freiheiten“ zu fordern. Ein Vertreter der russischen Regierung hat ihm dazu erklärt, daß diese organisatorischen Freiheiten niemals gewährt werden würden.

Hier ist der Punkt, an dem zwischen uns und dem russischen Bolschewismus jede Verständigungsmöglichkeit aufhört.

Was soll man danach sagen, wenn ein gewisser Bodien, den die „Rote Fahne“ reifemhaft aber unrichtig als „sozialdemokratischen Redakteur“ bezeichnet, sogar folgendes zu erklären fertig bringt:

Mein stärkster Eindruck war während der ganzen Dauer unserer Reise die unerwartet weit vorgeschrittene Demokratisierung des öffentlichen Lebens, eine proletarische Demokratie, die sich nach meiner Erfahrung besonders dadurch ausdrückt, daß die Frauen und die Nichtorganisierten stark in das politische Leben einbezogen werden.

Die bolschewistische Regierung tut alles, um den Sozialdemokraten im Gefängnis „ihre Zellenhaft vergessen zu machen“, und unterdessen vollzieht sich eine „fortgeschrittene Demokratisierung des öffentlichen Lebens“. Die bolschewistische Regierung sollte neue Propagandachefs engagieren, die begriffen haben, daß die Reklame nicht zu plump und zu aufdringlich sein darf, wenn sie wirken soll.

Aber diese Dummheiten sollen uns nicht hindern, zu bemerken, daß sich die Bedeutung des russischen Problems für die westeuropäische Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre stark gewandelt hat. Der Streit, ob das, was in Rußland geschah, gut oder schlecht ist, hat an Wichtigkeit verloren, weil kein Mensch mehr glaubt, daß die russischen Methoden auf Westeuropa anwendbar sind. Und so glaubt auch heute kein Mensch mehr, daß der kommunistischen Partei in Deutschland oder in einem anderen europäischen Lande dieselbe Funktion zufallen könnte, wie sie der Bolschewismus in Rußland ausgeübt hat. Wir sind also heute sehr wohl in der Lage, trotz aller Störungsversuche, die von kommunistischer Seite unternommen werden, das russische Problem vorurteilslos zu studieren, um an den unbefreitbaren Fehlern des Bolschewismus ebenso zu lernen wie an dem, was es für Rußland praktisch zu leisten imstande ist.

Eine solche nüchtern-sachliche Stellungnahme hat mit einer logenannanten „Verleumdung Sowjetrußlands“ nicht das geringste zu tun. Wir haben z. B. niemals behauptet, daß es „den russischen Arbeitern täglich schlechter geht“. Wir nehmen vielmehr davon Kenntnis, daß nach einer „Deklaration der 2. Arbeiterdelegation“ in Rußland „der Reallohn zum Teil die Vorkriegshöhe überschritten hat und daß der Mindestreallohn 80 Proz. der Vorkriegshöhe beträgt“. In der „Vorkriegs“- d. h. in der Zarenzeit waren die russischen Arbeiter bekanntlich die am schlechtesten bezahlten in der Welt. Wenn ihr Lohn jetzt nur zum Teil die Vorkriegshöhe überschreitet, sonst aber 80 Proz. der Vorkriegshöhe beträgt, so scheint uns das kein Erfolg zu sein, der zu Triumphgefängen Anlaß gibt und mit dem man die Unterdrückung aller staatsbürgerlichen Rechte rechtfertigen könnte.

Hindenburg und Genf.

Keine „Weisung“, sondern eine „Meinungäußerung“.

Zu der SPD-Nachung über Hindenburg und die Genfer Abordnung erklärt die zuständige Stelle: der Reichspräsident habe weder brieflich, noch telegraphisch in irgendeiner Form der Delegation eine Weisung gegeben, nicht für den polnischen Ratstag zu stimmen oder Einspruch gegen eine derartige Absicht der deutschen Delegation erhoben. Es sei selbstverständlich, daß in einer so wichtigen Zeit wie der Genfer Tagung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichkanzler über die Meinungen über alle schwebenden Fragen ausgetauscht werden, und der Reichkanzler habe selbstverständlich, was seine Pflicht ist, dem Delegationsführer, Außenminister Stresemann, von den Meinungsäußerungen des Reichspräsidenten Kenntnis gegeben. Zu solchen Meinungsäußerungen sei der Reichspräsident berechtigt, denn nach Art. 45 der Verfassung vertritt er das Reich völkerrechtlich, er habe auch die Vollmachten für die Delegation ausgestellt und da er nicht nur eine Unterschriftsmaschine sei, habe er natürlich das Recht, seine Meinung zu äußern. (Was unbestritten ist. Red. d. „V.“)

Parlamentsbeginn in Warschau.

Starke Kohlenaufuhr nach England. — Das Budget im Gleichgewicht.

Warschau, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Session des Sejms wurde am Montag eröffnet. Finanzminister Starmer gab eine optimistische Schilderung der Wirtschaftslage, die sich in den letzten drei Monaten wesentlich gebessert habe, weil das Land politisch und wirtschaftlich Vertrauen zur Regierung hege. Als der Minister auf die erfreuliche Kohlenaufuhr hinwies, wurde er durch Zurufe der sozialistischen Abgeordneten auf die Ursache, den Streit der englischen Bergarbeiter hingewiesen. Der Minister begründete dann den Haushaltsvorschlag für das vierte Quartal des Jahres mit 484 Millionen Lotys, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 511 Millionen einer Besserung gleichkommt. Der vom Minister berechnete Fehlbetrag des Gesamthaushaltes Ende des Jahres beziffert sich auf 44 Millionen, zu deren Deckung jedoch keine neuen Steuern nötig seien. Nach der Rede des Ministers wurde die erste Sitzung geschlossen.

Die Rechtsparteien im Sejm haben gegen den Innenminister und den Unterrichtsminister Mißtrauensanträge einge-

bracht und ebenso beschlossen, gegen die Haushaltsvorlage zu stimmen. In den politischen Kreisen wird jedoch angenommen, daß sie im entscheidenden Augenblick umfallen werden. Vorläufig besteht allerdings gegen die Regierung eine starke Rechts- und Linksopposition.

Für die Zusammenarbeit mit Polen.

Warschau, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Dem Genfer Korrespondenten des „Kurjer Warszawski“ erklärte Genosse Breitscheid in einer Unterredung, daß die Regelung der deutsch-polnischen Streitigkeiten und der Abschluß eines Handelsvertrages unbedingt notwendig seien, um den Boden für eine künftige Zusammenarbeit im Völkerbund zu schaffen. Auf die Frage nach einer eventuellen Revision der deutschen Grenzen antwortete Breitscheid, daß dieses Problem vorläufig nicht in Erwägung gezogen werden könne, jedoch müsse der Verkehr durch den Danziger Korridor verbessert und die plombierten Wagen abgeschafft werden, um die deutsche Bevölkerung nicht unnütz zu reizen. Breitscheid bedauerte das Fehlen eines Kontaktes zwischen den Parlamentariern der beiden Länder. Um persönliche Verbindungen zu erlangen, werde er sich im Oktober nach Warschau begeben.

Lernt Poincaré um?

Sein Einverständnis mit Briand.

Paris, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) „Echo de Paris“ behauptet, aus bester Quelle zu wissen, daß nach der Besprechung, die Poincaré am Sonntag mit Briand gehabt hat, und nach den Erklärungen, die Briand ihm über die Unterredung mit Stresemann abgegeben hat, Poincaré der Ansicht sei, daß die von Briand vorgeschlagenen Lösungen zur Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland „nichts Unvernünftiges“ hätten und daß Briand in keiner Weise über die politischen Richtlinien der Regierung hinausgegangen sei. Unter diesen Umständen werde nach dem Ministerrat am Dienstag der Presse eine sehr befriedigende amtliche Mitteilung übermittelt werden. Es sei ausgeschlossen, daß es innerhalb des Ministerrats zu einer Krise über die Außenpolitik Briands kommen wird.

Deutschland und Polen in Genf. Zu unserem Bericht über die deutsch-polnischen Gespräche in Genf ist berichtigend zu bemerken, daß auf deutscher Seite nicht Stresemann, sondern Staatssekretär n. Schubert an ihnen beteiligt war.

Erstaut sind wir auch, nichts über die Archaisierlichkeit zu hören, die es doch leider in Russland auch gibt.

Wenn auf die ungeheuren Schwierigkeiten hingewiesen wird, mit denen die Bolschewiki bei ihrer wirtschaftlichen Aufbauarbeit zu rechnen haben, so darf dazu gesagt werden, daß es solche Schwierigkeiten in anderen Ländern auch gibt. Auch die deutsche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat mit Schwierigkeiten zu rechnen, die durch das törichte Treiben der Kommunisten keineswegs erleichtert, sondern erheblich vermehrt werden sind. Unter anderen Verhältnissen und mit anderen Mitteln als der russische Bolschewismus hat sie für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse zu sorgen. Um 80 Proz. der Vorkriegslöhne zu erreichen, würden die deutschen Arbeiter auch schwerlich Revolution machen.

„Der russische Arbeiter,“ gesteht denn auch die „Rote Fahne“, „lebt nicht im Paradies; er kann nicht in neun Jahren aus den Trümmerfeldern des Kapitalismus lachende sozialistische Gärten hervorzubringen.“ Welch tiefe, echt „reformistische“ Erkenntnis! Schade nur, daß wir wegen genau derselben Erkenntnis und ihrer Anwendung auf den deutschen Arbeiter jahrelang als „Arbeiterverräter“ durch die Gasse geschleift worden sind!

Nein, auch in Russland kann der deutsche Arbeiter nicht lernen, wie man auf dem kürzesten Wege ins Paradies gelangt. Dazu aber dann die ausdrücklich-plumpe Reklamereiserei, Schreiberei und Rederei?

Eine sachliche Auseinandersetzung über das russische Problem mit gerechter Verteilung von Licht und Schatten scheitert nicht an der Sozialdemokratie. Sie scheitert an der KPD, der sinnlos gewordenen deutschen Filiale des russischen Bolschewismus. Aber auch daran soll sie auf die Dauer nicht scheitern! Das echt kommunistische Russlandtheater mit einigen als „SPD-Genossen“ grell aufgeputzten Mitspielern hat mit einer ernstlichen Erforschung der russischen Verhältnisse nichts zu tun. Es hat nichts zu tun mit dem wirklichen Verhältnis zwischen Russland und der deutschen Arbeiterklasse, die das russische Experiment mit Interesse verfolgt, aber ohne Neigung, es zu imitieren.

Die deutsche Arbeiterklasse hat zu viel Achtung vor den persönlichen Rechten jedes einzelnen, vor dem Recht auch des Andersdenkenden, seine Meinung zu äußern, als daß sie in dem „Paradies“, das die Bolschewiki den Menschewiki im Gefängnis eingerichtet haben, ein Vorbild sehen könnte. Sie denkt auch in wirtschaftlichen Dingen nüchtern genug, um zu erkennen, daß es nicht darauf ankommt, ein System zu errichten, das sich „sozialistisch“ nennt, sondern vielmehr darauf, durch den Sozialismus die arbeitenden Menschen freier und glücklicher zu machen.

Zu diesem Ziel geht sie ihren Weg, der lang und beschwerlich ist. Daß auch der russische nicht kurz und angenehm ist, haben wir gesehen. Aber sie wird ihr Ziel erreichen, trotz aller Hindernisse und auch trotz aller Rückschläge, die die Kommunisten im Straßengraben nebenan vollführen. Die nimmt längst kein denkender Arbeiter mehr ernst!

Unter den „SPD-Genossen“, die der 2. Arbeiterdelegation angehören, nennt die „Rote Fahne“ auch einen gewissen Buchbes. Offenbar. Dieser ist seit April nicht mehr Mitglied der Partei. Sodian-Saarbrücken war Kommunist und trat vor einiger Zeit der Partei bei. Er ist Mitarbeiter einiger Parteizeitungen.

Loebell lebt...

Aber er hat kein Geld mehr.

Beim „Bürgerrat von Groß-Berlin“, einer Zweigstelle des sattem bekannnten „Reichsbürgerrats“ der „Egelenz Freige“ alias Loebell, herrscht wieder einmal Ebbe. Die Zeiten sind schlecht. Man muß schnorren gehen. Wo — das steht schon fest, aber das Wie macht Kopfzerbrechen. Aber ist man nicht in Loebells Kriegs-Schule gegangen? Selbstverständlich — also muß die „Streitwelle“ und der

„Kommunismus“ helfen, den braven Bürger zugunsten des Bürgerrats Geld abzutupfen.

Flugs wird ein Bittbrief verschickt, in dem diese schaurig-schönen Sätze stehen:

Mit der weiteren Besserung unseres Wirtschaftslebens wird sich zwecks Erzielung höherer Löhne und Gehälter eine starke Streitwelle über das Land ergießen. Hier drohen Gefahren, über deren Größe sich Handel und Industrie rechtzeitig Rechenschaft geben müssen.

Daneben verfolgen wir nicht ohne Besorgnis die Entwicklung, welche die kommunistische Partei zu nehmen im Begriffe ist. Seit wenigen Wochen versucht der linke Flügel dieser Partei in offener Opposition zu ihrer Führung die Rollen zu tauschieren. Die Zerstückelung des Staatsapparates ist deren Ziel. Bei dieser Sachlage hat die Bürgerratsbewegung, in Sonderheit der Bürgerrat von Groß-Berlin, die Pflicht, dieser kommunistischen Bewegung vollste Aufmerksamkeit zu schenken, um im Notfall als Abwehrorganisation in Tätigkeit treten zu können.

Was die Verhältnisse unserer Stadtgemeinde Berlin betrifft, so treten wir unter dem Gesichtspunkt einer Vereinfachung und sparsameren Gestaltung unserer kommunalen Verwaltung für eine Herabsetzung der Realsteuern ein.

Zur Durchführung der genannten Aufgaben, die erhebliche Anforderungen an die Tätigkeit des Bürgerrats von Groß-Berlin stellen werden, bedürfen wir ausreichender Mittel. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Sie uns bei der Aufbringung dieses Kampffonds durch Ueberweisung eines größeren Beitrages unterstützen werden.

„Genannte Aufgaben?“ Welche sind das? Industrie und Handel sollen sich „Rechenschaft geben“. Dafür braucht Loebell Geld! Der Bürgerrat will den Kommunisten „Aufmerksamkeit schenken“. Dafür braucht Loebell Geld! In Berlin will der Bürgerrat für etwas „eintreten“. Dafür braucht Loebell Geld!

Man könnte dieses neckische Spiel noch weit fortführen. Aber wir verzichten drauf, weil wir wissen, daß die Geldquellen für das „Eintreten“, für das „Aufmerksamkeit schenken“ usw. nicht mehr fließen wollen. Der Bürger sieht mächtig ein, daß der Bürgerrat keinen andern Rat mehr weiß, als schnorren gehn!

Im Geiste Lenins.

Nuancen des Leninismus.

Juli 1925:

Telegramm des 10. Parteitag der KPD an Maslow: „Der 10. Parteitag der KPD, sendet Dir brüderliche Grüße und den kameradschaftlichen Dank für das, was Du zur Klärung der Partei in den Grundfragen des Leninismus getan hast. Der Parteitag gelobt alle Kraft einzusetzen, um die Partei im Geiste Lenins zu einer klaren, selbstbewußten, bolschewistischen Partei zu machen.“ (Abgedruckt im Bulletin des 10. Parteitages Nr. 2)

August 1926:

Die „Rote Fahne“ über Maslow: „Im Lichte dieses ver-räterischen Zieles sind auch die früheren Schritte von Maslow und Ruch Fischer zu betrachten: wiederholte Disziplinbrüche, Betrug der Partei und der Kommintern, feiges, unwürdiges Verhalten vor Gericht (Maslow), bewußte Heyredner gegen die Sowjetrepublik, bewußte Spalter der Partei, unwürdige Kapitulation vor dem Staatsgerichtshof, Günstlinge des Oberreichsanwalts, haben kein Recht, sich auf oppositionelle Arbeiter zu berufen. Sie gehören nicht mehr in die rote Front. Sie sind bereits ein Bestandteil der weißen Front unserer Feinde. Ruch Fischer und Maslow gehen den langen, sicheren, allzu bekannten Weg des Arbeiterverrats. Auf diesem Weg gibt es keine Grenzen und keine Rückkehr. Die „linken“ Phrasen, die man dorthin mitnimmt, verrinnen nach ein paar Tagen im Sand. Was übrig bleibt ist das hemmungslose und strupellose Renegatentum.“

Beim heiligen Geist von Lenin: Was ist Wahrheit?

„Oberon.“

Oper am Platz der Republik.

Zu Webers 100. Todestag, nachträglich, führt die Oper am Platz der Republik dieses Werk auf, das jedem Musiker Freude bereitet, jedem Kapellmeister Aufgaben stellt, aber jedem Regisseur und Theaterdirektor ein heber Dorn im Auge ist. Schwer, für dieses Singpiel und Ausstattungsstück heute noch Stimmung zu schaffen, wenn das blendende Potpourri der Ouvertüre vorbeigerauscht ist. Es herrscht dann der Maschinendirektor. Rinderaugen schauen eine Welt des Scheins, die nicht durch Sinn und tiefe Bedeutung, sondern durch Unfasslichkeit und Bedeutungslosigkeit auffällt. Ein Märchen-spiel auf Kommando. Wenn auch Romantik zu Wundern und Einbrüchen in die Logik des Daseins verpflichtet, wenn diese Kunst-richtung auch Gehirn durch Gemüt, Spannung durch poetischen Schwung erregt, so darf doch auch ein zauberischer Spuk nicht langweilig werden. Das Wort ist heraus: was der „Oberon“ letztlich gibt, ist manoton und uninteressant. Und dann der große Niff: Webers Musik verflucht mit unendlicher Güte, Schönheit, Anmut, mit schweigerischen Wohlklang und grazilchen Effenschrift über diese Sprach- und Handlungsarmut hinwegzutanzten. So spürt man das Unmögliche des ganzen Wertes in jeder Note doppelt schwer.

Die Umarbeitung einer Begleitmusik zu einer Oper, war Weber nicht mehr vergönnt. Ohne das Original anzutasten, hat Mahler die beste der Szenen- und Dialogretouchen vorgenommen. Die sah man auch bei Kroll. Mit einer durch Sicherheit nur noch unter-schiedenen Begeisterung waltete Blech seines Amtes. Auf der Bühne erwecken die Nebenpersonen, Etsriede Marherr und Genia Guszalewicz, sowie der vorbildliche Oberon Robert Philipps, den kein Alter plagt. Frieda Leider sang die Regia so, als habe sie irgend jemandem die Uebernahme dieser Partie überlassen. Bestimmte in der Seele und in der Stimme. Auch die Ozeanarie hätte keinen großen Schwung mehr und gipfelte nicht. Friz Soot, der Aliberte, ist als Hahn fehl am Platz. Benigstens ist ihm das Oratorische nicht gegeben, und mit den hohen Tönen quälte er sich sehr. Die Ausstattung von Aravantinos, nicht viel anders als früher, bunt und märchenhaft. Weisfall gab's, aber er gundete nicht. Es liegt am Werk, kaum allein an der Darstellung, die heutigen Menschen etwas Vorgesessenes aufzwingt. Eine Oper wie „Oberon“ aber verlangt gebieterisch die Umschau nach neuen Einsträften. Der Generalintendant wird zwischen Stars und Ensemblemitgliedern die Mitte halten müssen.

Kurt Singer.

ER hofft.

Wilhelm telegraphiert an die Frontkämpfer.

ER kann es nicht lassen. ER hat zum „Arme- und Marine-tage“ in Nürnberg telegraphiert:

„Die alten Frontkämpfer, deren Heldentaten auf allen Schlachtfeldern unvergesslich bleiben, werden auch, des bin ich gewiß, wieder in erster Reihe stehen, wenn es gilt, die monarchie und Kaiserreich wieder aufzurichten. Wilhelm I. R.“

Er hofft, er harri. Hoffen und harren, macht manchen zum Narren. Sogar manchen, der es zu vor noch nicht gewesen ist!

Strafmandat und Ueberstundenarbeit.

Amtsmissbrauch durch einen agrarischen Amtsvorsteher.

Zu welchen Taten preußische, besser gesagt, großagrarische Amtsvorsteher fähig sind, beweist ein Vorgang, der den Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitervereins aus dem Kreise Prenzlau gemeldet wird. Danach beauftragte der Gutsbesitzer und Amtsvorsteher von Arnim zu Beginn des Jahres den Arbeiter P., spät abends das Hausmädchen vom Bahnhof in Pasewalk abzuholen. P. lehnte das ab, weil er den ganzen Tag unterwegs und bei dem strömenden Regen bis auf die Haut durchnäßt war. Diese Weigerung nahm der Gutsbesitzer von Arnim zum Anlaß, sich seiner Würde als Amtsvorsteher zu erinnern und dem Arbeiter ein Strafmandat folgen-den Vorlaufs ins Haus zu schicken:

„Sie haben sich am 30. Dezember 1925 geweigert, notwendige Ueberstunden zu leisten (Abholung eines Hausmädchens vom Bahnhof Pasewalk), obgleich Sie nach dem Tarifvertrage zur Leistung von Ueberstunden verpflichtet sind.“

Die Uebertretung wird bewiesen durch den Inspektor Mal. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund d. eine bei der Amtskasse Zusehendem zu erlegende Geldstrafe von 3,40 Mark, an deren Stelle, wenn Sie nicht bezugreifen ist, eine Haft von 1 Tag tritt, hierdurch festgesetzt.

Sollten Sie sich durch diese Straffestsetzung beschwert halten, so können Sie innerhalb einer Woche, von Zustellung dieser Verfügung an, bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll, oder bei dem zuständigen Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers auf gerichtliche Entscheidung antragen. Erfolgt binnen dieser Frist ein solcher Antrag nicht, so wird die festgesetzte Strafe vollstreckt.

Gegen die Verkümmung der Antragsfrist kann Wiedereinholung in den vorigen Stand beansprucht werden, wenn der Beschuldigte durch Naturereignisse oder durch andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. Der Antrag muß binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses unter Angabe der Glaubhaftmachung der Veräußerungsgründe bei der Polizeibehörde oder beim Amtsgericht angebracht werden.

Stempel: Der Amts-Vorsteher, gez. v. Arnim.

Dieser Vorgang ist ganz ungeheuerlich. Er zeigt, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer bei der Durchsetzung ihres Willens und bei der Auspielung ihrer Selbstherrlichkeit den Arbeitern gegenüber nicht einmal vor dem rückwärtslosten Mißbrauch eines ihnen übertragenen öffentlichen Amtes zurückschrecken.

Die Sache wird noch pikanter, wenn man bedenkt, daß keinerlei gesetzliche Bestimmungen bestehen, die einem Amtsvorsteher das Recht geben, Arbeiter wegen Verweigerung von Ueberstundenarbeit strafrechtlich zu verfolgen. Auch der für den Kreis Prenzlau geltende Tarifvertrag läßt derartiges nicht zu. Mit arbeit-verweigernden Arbeitern fertig zu werden, ist lediglich Sache des Arbeitgeberers. Das gesteht auch der Herr von Arnim in seinem Strafmandat dadurch ein, daß er es unterläßt, anzugeben, welches die rechtliche Grundlage für sein Vorgehen ist.

Das Wort haben jetzt die dem Herrn von Arnim vorgesehene Behörden. Sie müssen der Deffenlichkeit sagen, was veranlaßt wurde, um in dem vorliegenden Falle der Berechtigung Geltung zu verschaffen. Im übrigen zeigt das Vorgehen des Herrn von Arnim, wie unbedingt notwendig es ist, daß wir endlich zur Auflösung der Gutsbezirke und damit zu einer gründlichen Reorganisation des ländlichen Verwaltungsapparates kommen.

Der verurteilte „Cotus“-Offizier hat vom türkischen Gericht die Erlaubnis erhalten, frei zu reisen. Er geht zu Schiff nach Frankreich.

Die amerikanische Riviera. Wenn man von dem jezt so schwer heimgekehrten Florida als der „amerikanischen Riviera“ spricht, so macht man sich meist falsche Vorstellungen über die Entfernungen, die die fashionsablen Badeorte von den Hauptpunkten der Vereinigten Staaten trennen. Eine Reise nach den gesegneten, vom sonnenbeglänzten Meer bespülten Sandstrichen mit dem weißen Strand, den wogenden Palmen, dem blauen Himmel und den leuchtenden Hochlagen luxuriöser Hotels ist etwa für die New-Yorker keine Kleinigkeit. Man muß sich daran erinnern, daß New York auf dem Breitengrad von Neapel liegt, während sich die Südspitze von Florida an den Wendekreis heranschiebt. Eine Fahrt New York—Miami läme also z. B. ungefähr einer Reise von Neapel nach Athen gleich. Es ist sicherlich nicht nur die günstige Lage, die aus Florida die vielbesuchte amerikanische Riviera gemacht hat. Sein Klima muß wirklich schon ganz besondere Reize haben, wenn in kaum einem Jahrzehnt diese Halbinsel einen so beispiellosen Aufschwung nehmen konnte, daß dort ganze Städte und Stadtviertel entstanden. Wenn auch im Winter gelegentlich vom Norden her Kälteeintrüche zu verzeichnen sind, denen allerdings keine Dauer beschieden ist, so ist doch im Dezember und Januar das Klima von sommerlicher Wärme. Koch vor fünfzehn Jahren galt Florida als fieberdurchseucht und von Miasmen und Schlangen bevölkert. Erst im Krieg, als man dort Truppenübungsplätze anlegte, konnte die Halbinsel ihre zweite Entdeckung feiern. Heute herrscht während der Wintermonate dort ein Betrieb, der an Luxus und Aufwand seinesgleichen sucht. In Miami, Palmbeach, Key West und Jacksonville gibt sich die New-Yorker Highlife ein Stelldichein. Hotelpaläste und Brunnen, Palmwälder, üppige Gärten und der ausgedehnte Strand sind der Schauplatz für die Sensationen der Gesellschaft, für ihre sportlichen Vergnügungen und ihren Kampf gegen die Langeweile. Doch scheint es, daß die gewaltige Entwicklung Floridas ihren Höhepunkt erreicht hat. Die von der Spekulation erzeugte Konjunktur ist im Abflauen, besonders seit sich die vornehmen Kreise aus dem zu wenig exklusiven Badesleben zurückziehen scheinen. Da sich das Unheil gerade während dieser abflauenden Konjunktur ereignet hat, wird die Halbinsel vielleicht auf Jahre an seinen Nachwirkungen zu tragen haben.

Die Internationale Buchkunstausstellung. Für das nächste Jahr bereitet der Verein Deutscher Buchkünstler eine Internationale Buchkunstausstellung im Leipziger Museum vor. Sie wird das ganze Erdglobe und dazu die Anlagen hinter dem Museum einnehmen und beste buchhändlerische Leistungen aus allen Kulturländern zeigen. Das Protokoll haben je ein Vertreter deutscher Kunst, Literatur und Wissenschaft: Liebermann, Hauptmann und Harnock. Die Almeister und Führer der deutschen Buchkunst werden mit Sonderausstellungen zu sehen sein: Liebermann, Steuag, dann Corinth, aus Anlaß ihres 50. Geburtstages C. R. Weis und Walter Tiemann, ferner Rudolf Koch, Paul Renner, Hugo Steiner-Prag, der Vorsitzende des Vereins, Marcus Behmer, Erich Bruner u. a. In Sonderabteilungen will man das Kinderbuch aller Völker und das schöne billige Buch zeigen. Die berühmte Sammlung von Buch-einbänden aus dem Besitze von Klingenspor, dem hervorragenden Offenbacher Schriftgichter, soll zum ersten Male gezeigt werden.

Die Ergebnisse der ärztlichen Studienuntersuchungen. Seit dem Jahre 1923 sind in Deutschland in steigendem Umfang allgemeine ärztliche Studienuntersuchungen durchgeführt worden. Zunächst geschahen diese Untersuchungen in Tübingen und Dresden, um auf diese Weise schwere Krankheitsfälle, besonders Tuberkulose, herauszufinden, und bald folgten andere Hochschulen diesem Beispiel. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen bis zum Jahre 1924 wurden von Dr. Lothar Voelker in den Mitteilungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte“ dahin zusammengefaßt, daß die Studienuntersuchung im Vergleich zu den Angehörigen anderer sozialer Schichten der Vor- und Nachkriegszeit untergeordnet war: die Tuberkulosehäufigkeit betrug damals etwas 4 Proz. Unterdessen ist der größte Teil der deutschen Hochschulen zu solchen Untersuchungen übergegangen, die in Baden, Bayern und Württemberg durch Ministerialerlässe obligatorisch gemacht worden sind. Dabei ist die Aufdeckung von Krankheiten und die Fürsorge für Kranke etwas in den Hintergrund getreten, während die sportärztliche Voruntersuchung für die so wichtige Durchführung allgemeiner Leibesübungen, daß jeder einzelne vorher auf die Leistungsfähigkeit seines Körpers untersucht wird. So werden denn sehr eingehende sportärztliche Messungen vorgenommen und Aufschläge, zum Teil von besonderen Sportärzten, erteilt. Ueber den augenblicklichen Entwicklungsstand der Studienuntersuchung im Vergleich zum Frühjahr 1924 gehen die Ansichten auseinander. Grade die Hochschulen, die sich auf die längste Erfahrung stützen können, melden eine wesentliche Besserung, und dies Urteil fällt um so mehr ins Gewicht, als sonst nirgends eine Verschlechterung festgestellt wurde. Die Werte für die Tuberkulosehäufigkeit schwanken nicht unerheblich; doch dürfte die Zahl um 3 Proz. liegen, also 1 Proz. weniger als 1924.

Gefährdete Wandmalereien in der Berliner Marienkirche. Die aus dem 15. Jahrhundert stammenden „Totentanz“-Fresken im Turmbau der Berliner Marienkirche sind in Gefahr, infolge von eindringender Feuchtigkeit abzublitzen. Sie sollen jezt von Prof. Max Rutzmann erneuert werden, der schon vor mehr als 30 Jahren einige der Gemälde restauriert hat. Die Kosten der Wiederherstellung in Höhe von 3000 R. werden zu einem Drittel von der Stadt Berlin und zu zwei Dritteln vom preussischen Staat übernommen. Der an der Außenmauer hochgerankte Stein, von dem die Feuchtigkeit herrührt, muß wesentlich beschliffen werden.

Der Kuban-Kolaken-Chor bringt in seinen Konzerten am 27. September in der Singalademie und am 28. September im Bläseraal tschische Gesänge und russische Volkslieder zum Vortrag.

Die älteste jüdische Ansiedlung. Aus Jerusalem wird berichtet, daß es der internationalen archäologischen Gesellschaft unter Führung des deutschen Professors Ernst Sellin gelungen ist, die Ruinen der ersten jüdischen Ansiedlung von Balaichina in der Nähe von Koclus, dem Eschem des Allen Testaments, aufzufinden.

Die große Polizeiausstellung. Eröffnung am Sonnabend.

Die Große Polizeiausstellung Berlin 1926, an deren Organisation das Preussische Ministerium des Innern, das Berliner Messamt, die Ausstellungskommission aller deutschen Freistaaten und namhafte Industrieleiter seit mehr als Jahresfrist gearbeitet haben, wird am kommenden Sonnabend, vormittags 11 Uhr ihre Pforten öffnen. Bei der für die Eröffnung vorgesehenen schlichten Feier im Festsaal der Neuen Autohalle am Kaiserdamm werden der preussische Minister des Innern Genosse Severing, Oberbürgermeister Böhm und der preussische Ministerpräsident Genosse Braun das Wort ergreifen.

In den drei großen Ausstellungshallen am Kaiserdamm und, da diese nicht ausreichen, auch auf dem gesamten Freigelände im Umkreis der Hallen, bietet sich den Besuchern folgendes Bild: Halle I (alte Autohalle) ist als Ehrenhalle der deutschen Länder, der Reichsbehörden und der Staaten des Auslandes vorgesehen, die sich an der Ausstellung beteiligen. Etwas ganz Besonderes bietet das große Polizeimuseum. Eine sehr umfangreiche Sammlung mittelalterlicher Festerwerkzeuge, eine Fülle interessanter alter Polizeifurkunden und durch liebenswürdiges Entgegenkommen des Magistrats der Stadt Kroschke, eine Sonderausstellung des Halles Gasler Hauser. Angliedernd sehen wir die Ausstellungsgesellschaft „Polizeibeamtenwesen“. Dann, gegenüber dem Durchgang zur Halle II, wird die sehr interessante Gruppe „Polizei und Presse“ aufgebaut. Der Innendienst, oder besser gesagt, die Verwaltungspolizei, zeigt den Besuchern veraltete, unmoderne Bureaueinrichtungen, dann sehen wir etwas von der Bau- und Theaterpolizei und ein vollständig eingerichtetes Polizeirevier. Die Gruppe „Polizeihumor“ mit Bildern und Figuren der Maler Schwerdtfeger und Casberg bilden den Abschluss von Halle I. Halle II (neue Autohalle) ist für die uniformierte Staatspolizei, deren Bewaffnung, Ausrüstung und Bekleidung vorgesehen. Ferner füllt einen großen Teil der Halle die moderne Verkehrspolizei und die moderne Technik aus. Wir sehen etwas vom Landverkehr, vom Wasser- und Luftverkehr, dem Verkehr in Droste und Keiter und die technischen Schulen in einer Sonderausstellung des Reichsverbandes der Automobilindustrie. Nicht nur für den Fachmann, sondern auch wohl für die meisten der Besucher am interessantesten ist die Halle III. Der Ort, wo sich die Kriminalpolizei und Feuerwehre ein Stellchen gegeben haben. Die Kriminalpolizei, die den größten Teil der Halle einnimmt und als Mittelpunkt der Ausstellung das Modell eines Tatories in einem Nordfall mit der kriminalistischen Bearbeitung und Auswertung der Tatorien zeigt, führt weiter in ihre einzelnen Spezialgebiete (Einbruch, Diebstahl, Betrug usw.).

25 fremde Staaten und Länder wetteifern darin, das Interessanteste, Lehrreichste, was langjährige Praxis erworben und aufgebaut hat, den Besuchern zu zeigen. Es ist damit zu rechnen, daß die Polizeiausstellung 1926 ein Ereignis von größter Bedeutung wird, nicht nur für Berlin, Preußen und Deutschland, sondern für die gesamte Welt.

Ein ganzes Treppenhaus in Flammen.

Ursache: wahrscheinlich eine glimmende Zigarette.

Ein größeres, sehr gefährliches Feuer, wie es in seiner Art vielleicht seit Jahrzehnten in der Berliner Feuerchronik nicht zu verzeichnen war, beschäftigte heute morgen gegen 3 Uhr zwei Löschzüge der Feuerwehr in der Krautstraße 1a, im Osten Berlins. In dem Seitenflügel des erwählten Hauses wohnen zahlreiche Mietparteien. Im Erdgeschoß, wo sich früher ein Eingang zu den Kellereien befand, wurde vor längerer Zeit ein Verschlag eingerichtet, in dem allerlei Gerümpel lagerte. Kurz vor 3 Uhr wurde von Hausbewohnern starker Qualm wahrgenommen, der aus dem Erdgeschoß zu kommen schien. Die Feuerwehr wurde von zwei Seiten zu gleicher Zeit angerufen. Inzwischen hatte sich das Feuer, das in dem Verschlag zum Ausbruch gekommen war, mit großer Schnelligkeit ausgebreitet. Das ganze Treppenhaus vom Erdgeschoß bis hinauf zum vierten Stockwerk brannte lichterloh. Die Wehrleute sahen sich einem einzigen Flammenmeer gegenüber. Die Treppengeländer, der Bodenbelag und sogar die Wohnungstüren hatten Feuer gefangen. Der Bewohner bemächtigte sich eine Panik. Nur mit größter Mühe und dank der aufopfernden Tätigkeit der Wehren unter Leitung von Baurat F o o t h gelang es, die Leute einigermassen zu beruhigen und eine Katastrophe zu verhindern. Durch Zurückweichen der Mieter verständigt, die Fenster verschlossen zu halten, damit durch die starke Rauchentwicklung niemand gefährdet werde. Das Löschfeuer gestaltete sich zunächst sehr schwierig, da die Wehrleute nicht ohne weiteres wegen der großen Gefahr in das brennende Treppenhaus eindringen konnten. Ein als glücklicherweise bezeichnender Umstand kam ihnen aber zu Hilfe. Die Türfensterfenster hielten der gewaltigen Hitzeentwicklung nicht mehr stand und zerbrachen. Sehr konnte das Flammenmeer durch Wassergeräusche durch die Fenster vom Hof aus erfolgreich bekämpft werden. Nach längerer Tätigkeit gelang es dann, des Feuers Herr zu werden. Es ist ein großes Glück, daß das Feuer die Wohnungen verschonte. Eine kleine Unbekonnenheit hätte genügt, um namensloses Elend über viele heraufzubeschwören. Die Entstehungsurache konnte bisher noch nicht einwandfrei geklärt werden. Es wird vermutet, daß ein spät nach Hause kommender Mieter einen Zigarren- oder Zigarettenrest achtlos fortwarf, der in den Verschlag fiel und das Feuer entzündete.

Die reiselustige Dreizehnjährige.

Aus der elterlichen Wohnung verschwand, wie wir mitteilen, die fast 13jährige Schülerin Hildegard Büttner aus der Seumestraße 22 zu Lichtenberg. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei hatten nun ein überraschendes Ergebnis. Schon 5 Tage lang vorher war das 1,60 Meter große und kräftig entwickelte Mädchen morgens regelmäßig mit der Schulmappe von Hause weggegangen und immer zur rechten Zeit wiedergekommen. Die Schule jedoch hatte es nicht bemerkt. Am vergangenen Mittwoch entwendete es dabei 150 M., machte sich wieder mit der Mappe auf den Weg, ging aber zu Wertheim, kleidete sich hier neu ein und kaufte auch noch einen kleinen Koffer, in dem sie die alten Sachen mitnahm. Dann fuhr sie nach Steinitz. Hier lernte sie eine Frau kennen, der ihre Wesen sehr gefiel. Diese machte mit dem Besuch einen Ausflug nach Finkenwärder und setzte ihn endlich in den Berliner Zug, damit er wieder nach Hause fahre. Das war am vergangenen Freitag. Die Frau in Steinitz fragte nun in Lichtenberg an, ob sie nicht das Mädchen, das sich für eine Fünfzehnjährige ausgegeben hatte, für die Dauer zu sich bekommen könne. Sehr erfuhr sie, daß es gar nicht nach Hause gekommen war. Die Vermutung ist wahrscheinlich auf irgendeiner Station zwischen Steinitz und Berlin ausgeflogen und hat wohl wieder eine Bekanntschaft gemacht. Den Koffer mit den alten Sachen und einigen Büchern hat sie in Steinitz zurückgelassen. Die Vermittlungszentrale des Polizeipräsidiums sucht jetzt weiter nach der Verschwindenden. Sie hat sich unterdessen einen Bublikopf schneiden lassen und trägt jetzt einen gelblichbraunen Pullover, eine gelbbraune Strickjacke, einen blauen Faltenrock und helle Strümpfe. Mit sich führt sie einen Regen-schirm und eine kleine Ledertasche.

Freiessen in einer Privatschule. Direktor Jankowsky's Vorbereitungsschule (Schöneberg, Kolenheimer Str. 23), eine private höhere Knabenschule, die von Sergio bis zur Vorbereitung auf das Abiturientenexamen führt, vergibt zu Beginn des Winterhalbjahres wieder einige Freistellen für Söhne aus unbemittelten Familien und gewährt einige Ausnahmen zu erwähltem Schulgeld, das sich unter den städtischen Schülern hält. Baldige Anmeldung und persönliche Vorstellung der Schüler in der Sprechstunde 12-1 Uhr.

Der Wiener Städtebaukongress.

Eine internationale Rundgebung für Wohnungs- und Bodenreform.

Was als Kongress, als Arbeitsgemeinschaft geplant war, ist fast zu einer Volksversammlung geworden. Mehr als tausend Fachleute und Interessenten der Wohnungsreform und des Städtebaues aus allen Ländern Europas und der Erde haben sich in Wien versammelt, um das Problem der Verbesserung unseres Wohnungswesens zu studieren. Einen merkwürdigen Eindruck macht diesmal die bunte Vermählung. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer sind entweder bürgerliche Sozialreformer oder nuchterne Bauamtsleute oder gar Geschäftsleute, die am Bau verdienen wollen. Dennoch empfand man die Verhandlungen weit mehr als bei den früheren Kongressen als eine einheitliche Willensfindung, die nicht etwa für Rentabilität und Bodenausnutzung, sondern für eine rationelle Gestaltung des Wohnungs- und Städtebaues zum Wohle des gesamten Volkes.

Die ersten beiden Sitzungen waren der Frage der Landbeschaffung und der Bodenfrage in bezug auf den Städtebau gewidmet. Schon aus den gedruckten Vorberichten ergab sich eine überraschende Übereinstimmung der Referenten. Ebenso einheitlich war die Stimmung des gesamten Kongresses. Leute, die auf anderen Gebieten des Wirtschafts- und sozialen Lebens jede Art von Sozialisierung ablehnen würden, sind auf Grund ihrer ganz praktischen Arbeit auf dem Gebiete des Städtebaues dazu gekommen, die Forderung aufzustellen, daß das Privateigentum am Grund und Boden für die Durchführung einer gesunden Städtebau- und Wohnungspolitik ein unüberwindliches Hindernis bedeutet, daß die Beschränkungen dieses Privateigentums durch Aufstellung von Bauvorschriften, Festlegung von Hochbauzonen, Flachbauzonen, Industrie- und Freizeitzonen dann wirkungslos bleiben müssen, wenn die Verfügungsgewalt über den Grund und Boden sich nicht in einer Hand befindet, und zwar in der öffentlichen Hand. Der Ruf nach einer

Vermehrung des kommunalen Grundeigentums

wird immer stärker. Die bestehenden Enteignungsvorschriften werden als immer unzulänglicher empfunden. Die Notwendigkeit einer planmäßigen Bodenwirtschaft wird immer mehr eingesehen. Städtebauer alten Stils, welche sich auf eine Regulierung der Straßen und der Parzellen beschränkten und sich mit architektonischen Problemen abgaben, die Bodenwirtschaft aber der Spekulation auslieferten, werden immer seltener. Als einer der Redner, ein Baurat aus Dresden, sich gegen die angelegte zu weit gehenden Bestrebungen der Landesplanung wandte, welche das ganze Land mit Wirtschaftsplänen überziehen wolle und sogar die privaten Grundstücksgrenzen aufzuheben trachte, bezeugte er einem leidenschaftlichen Widerspruch des gesamten Kongresses. Selbst die englischen Vertreter erklärten einmütig, daß sie ihre Gartenstadt- und Wohnungsreformbestrebungen nur dann zur Durchführung bringen können, wenn sie nicht mit dem Privateigentum am Grund und Boden rechnen müssen. Alle Stimmen vereinigten sich zu der einen Forderung nach Planwirtschaft.

Der Städtebau und die Produktion von Wohnungen ist offenbar dasjenige Gebiet wirtschaftlicher Betätigung, auf dem der Sozialismus zuerst zur Notwendigkeit wird.

auf dem daher auch nicht nur die Anhänger der Arbeiterbewegung, sondern auch die Vertreter der bestehenden Wirtschaftsordnung sozialistische Forderungen erheben.

Die nächsten Sitzungen waren dem Problem

Großhaus oder Kleinhaus.

die Schlüsselfrage der gemeinnützigen Bautätigkeit gewidmet. Noch vor wenigen Jahren war das Kleinhausproblem heftig umstritten, die Gartenstadt noch unpopulär. Das hat sich seit dem Kriege geändert. Die Amerikanisierung unserer Großstädte hat das Wohnen in der Stadt wenig erträglich gemacht und die Sehnsucht nach einem Einfamilienhaus in einer entlegeneren Gegend gesteigert. Dazu kommt, daß das, was zuerst noch in unbestimmten Formen der Gartenstadt oder Gartenvorstadt erstrebt wurde, allmählich sich

zu einem grobartigen System der dezentralisierten Großstadtsiedlung ausgestaltet hat. In den letzten Jahren haben die Städtebauer ihre Meinung über die Großstadt von Grund aus umgeändert. Während man sich früher nur für die dichtest besiedelten Gebiete des Landes interessierte, also für die geschlossen verbaute Steinwüsten, hat man jetzt eingesehen, daß zur Großstadt nicht allein die Straßen, Plätze, Mietkasernen und allenfalls Villen mit Gärten gehören, sondern daß die Großstadt ein gewaltiges Wirtschaftsgebiet ist, das viele Kilometer weit reicht und auf diesen Umkreis ihren Einfluß ausübt. Dieser gewaltige Umkreis muß daher in die städtebaulichen Betrachtungen einbezogen werden, wenn man für die Zukunft etwas planen will. Die Mehrzahl der Städtebauer, unter ihnen vor allem die jüngeren, sieht um so stärker die Notwendigkeit einer planmäßigen Stadtentwicklung ein und sucht nach neuen Wegen, um die Schäden der bisherigen Entwicklung wieder gut zu machen. So ist in den letzten drei Jahren aus dem Städtebau die

Landesplanung

entstanden (Regionalplanung), welche nicht nur das eigentliche Stadtgebiet behandelt, sondern welche auch die umliegenden landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Zonen in den Kreis ihrer Betrachtung zieht. Diese systematische Verteilung berücksichtigt alle wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse, welche für einen so gewaltigen Wirtschaftskörper, wie ihn eine Großstadt mit ihrer Einflusssphäre bildet, in Betracht kommen. In diesem System hat selbstverständlich das Großhaus nur mehr eine beschränkte Bedeutung und ist das Kleinhaus mit Garten ein wichtiger Faktor geworden. Daher ist es nicht erstaunlich, wenn heute die überwiegende Majorität der Städtebauer sich

gegen die Mietkasernen

erklärt und für das Einfamilienhaus mit Garten eintritt. Naturgemäß stand im Mittelpunkt der Erörterung des Wiener Kongresses die Wiener Wohnbautätigkeit. Die Gemeinde Wien hat bekanntlich in den letzten vier Jahren 25 000 Volkswohnungen gebaut. Davon sind mehr als neun Zehntel in mehrstöckigen Häusern, ja einige größere Baukomplexe wurden aus architektonischen Gründen sogar mit sieben- bis achtstöckigen Turmbauten versehen. Es ist bezeichnend für die fast einheitliche Stimmung des Kongresses, daß diese Mietkasernen die Ablehnung der Kongreßteilnehmer hervorriefen. Es wurde zwar zugestanden, daß Wien sich in einer außerordentlichen Notlage befunden habe, so daß der Bau der kulturell minderwertigen Großhauswohnungen zu entschuldigen sei, aber prinzipiell wurde der Hochbau, außer von den Vertretern einer Berliner Terraineingetragenen und einigen Wiener Architekten, gegenüber dem Flachbau abgelehnt. Als am Schluß des Kongresses den Teilnehmern im Film ein Ueberblick über die Bautätigkeit der Gemeinde Wien gegeben wurde, kam es zu lebhaften Rundgebeten

für die Siedlung, das Kleinhaus mit Garten,

und gegen das Hochhaus, die Mietkasernen.

Um so interessanter und erfreulicher war es zu beobachten, wie dieselben Menschen, welche sachlich gegen die Art, wie die Gemeinde Wien ihre Wohnungen gebaut hat, aufgetreten waren, die Tatsache anerkannten, daß die Gemeinde Wien ein so gewaltiges Wohnbauprogramm durchgeführt hat. Diese große Versammlung von Fachleuten sollte der sozialistischen Gemeindegewaltung Wiens wiederholt ihr Lob für eine Politik, welche die Wohnungsfrage an die erste Stelle gerückt und die Pflicht der Allgemeinheit, für die Behausung aller Staatsbürger zu sorgen, praktisch anerkannt hat. Es gestaltete sich auch dieser Teil der Verhandlungen trotz aller Vorbehalte der bürgerlichen Teilnehmer zu einer Rundgebung für den Sieg der sozialistischen Idee. Uns ist wichtig die Tatsache, daß die ursprünglich sozialcharitativ gerichtete Wohnungsfrage sich zu einer planmäßigen Wohnungs- und Städtebaupolitik entwickelt hat, welche von großen sozialen Gesichtspunkten her leiten läßt.

Das städtische Defizit.

Verhandlungen über die Deckung.

Es ist bekannt, daß unter dem Druck der ungeheuren Erwerbslosigkeit die Ausgaben der Stadt auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege außerordentlich gestiegen sind. Da auch sonst die finanzielle Lage der Stadt Berlin infolge ihrer starken städtischen Bevölkerungszunahme sich dauernd verschlechtert hat, sieht man vor der Notwendigkeit, erhebliche Mehrbeträge an Einnahmen zu beschaffen. Oberbürgermeister Böhm und Stadtkammerer Dr. Karling haben deshalb die Fraktionsführer heute mittig zu einer Besprechung ins Rathaus geladen. Wie wir hören, herrscht noch die größte Unsicherheit über die Wege, die eventuell zur Beseitigung des Defizits führen könnten. Die Verhandlungen, die heute im Rathaus stattfinden, sind jedenfalls zunächst rein informativ. Eine bestimmte Magistratsvorlage liegt noch nicht vor. Vielleicht ist es möglich, daß zum Donnerstag der Stadtverordnetenversammlung konkrete Vorschläge gemacht werden. Erst dann wird man in der Lage sein, zu ihnen kritisch Stellung zu nehmen.

Todessturz eines Dachdeckers. Der 30jährige Dachdecker Franz Meurer, aus der Kolonie Schönblick bei Woltersdorf, war gestern nachmittags auf dem Dach des Hauses Paul-Singer-Straße 9 mit Dacharbeiten beschäftigt. Zu diesem Zweck hatte er eine Leiter an einem Dachbalken befestigt, sich aber nicht an gefestigt. Der Balken gab plötzlich nach und R. stürzte vom Dach des Seitenflügels aus der Höhe des fünften Stockwerkes auf den asphaltierten Hof hinab, wo er mit zerstückelten Gliedern schwer verletzt liegen blieb. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beklagend und in das Schauhaus geschafft.

Das Volksbildungsamt Prenzlauer Berg beginnt seine Winterarbeit mit einer Vortragsreihe „Stimme der Arbeiter“. Die erste Veranstaltung: „Der revolutionäre Sozialismus“ findet am Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, in der Aula der königlichen Oberrealschule, Volkswirtschaftsstraße 44/46, statt. Mitwirkende sind: Margot Stabi (Gesang), das Paganini-Quartett und Dr. Felix Gahner, der auch den einleitenden Vortrag hält. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Die Katastrophe von Florida.

New York, 21. September. (E.T.B.) Die aus den vom Orkan heimgesuchten Gebieten einlaufenden Berichte lassen noch immer kein klares Bild über die entstandenen Schäden und über die Zahl der Menschenopfer zu. Die Schätzungen der einzelnen Berichterstatter gehen weit auseinander. Die Zahl der aufgefundenen Opfer sind im Stollen begriffen, da das Meer mit der Flut zahlreiche während der Katastrophe Ertrunkene ans Land schwemmt. Die Straßen sind voll von Flüchtlingen. Wüstenversuche konnten von den Polizeikräften unterdrückt werden. In Hialeah wurde der Assistent des Polizeichefs ermordet. Von allen Seiten treffen Hilfszüge ein. Man befürchtet in einigen Orten den Ausbruch von Epidemien.

New York, 21. September. (H.) Präsident Coolidge erteilte eine Proklamation an das amerikanische Volk, in der er zur Hilfe

für die durch den Orkan Geschädigten aufruft. Man schätzt die Zahl der Toten jetzt auf über 2000. Das Schicksal der Städte Mobile und Pensacola ist völlig unbekannt, da diese von jedem Verkehr abgeschnitten sind. Die zerstörten Dammstraßen sind mit Fliehenden überfüllt. Infolge der Wüstenwanderungen muß das Kriegsrecht strikte durchgeführt werden. Die Behörden haben beschlossene, scharfe Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher zu ergreifen. Miami bietet ein Bild völliger Verwüstung. Wegen des Mangels an Trinkwasser ist der Ausbruch einer Epidemie nicht unmöglich. Der Orkan raste mit 120 englischen Meilen Stundengeschwindigkeit in der Richtung auf Louisiana und Alabama weiter. Weitere Meldungen berichten bereits von schweren Verwüstungen in Südalabama. Die Stadt Mobile soll völlig zerstört sein; ebenso sind andere Ortschaften in Alabama zerstört oder wenigstens stark heimgesucht worden. In Florida wurden die Marinereferenzen zum aktiven Dienst einberufen, da die dortigen Truppen nicht ausreichen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Taisun in Japan. Nach einer Meldung aus Tokio richtete gestern ein Taisun auf der Insel Oshima große Verheerungen an, wobei es über 40 Verletzte gegeben hat. Ueber 30 Personen sollen umgekommen sein.

Der Brückeneinsturz bei Garg.

Garg, 21. September. (B.S.) Die Vernehmungen der leitenden Beamten der Berliner Baufirma, die die Brücke bei Garg errichtet haben, zogen sich am gestrigen Montag bis gegen 1 Uhr nachts hin. Man hatte den Betonmeister Firsch, der in Berlin augenblicklich tätig war, festgenommen und ihn durch Kriminalbeamte nach Garg gebracht, um die Untersuchung zu beschleunigen. Nach vierstündigem Verhör wurde Firsch auf freiem Fuß gesetzt, da die Staatsanwaltschaft weder in seinem noch in dem Verhalten der Ingenieure eine Schuld hat finden können. Firsch sowohl wie der Chefkonstrukteur nahmen in ihren mehrstündigen Verhören, daß keineswegs ein Verlegen der Maschinen während der ganzen Dauer des Baues vorgelegen habe. Auch eine längere Pause sei nicht eingetreten, obwohl man zwischen das Aufbringen zweier Betonabschnitte längere Pausen hätte legen können, da nach alter Erfahrung Zement erst nach 11 Stunden abzubinden beginne. Aus der Tatsache, daß der versunkene Pfeiler senkrecht in die Tiefe gerutscht sei, gehe hervor, daß nicht ein Materialfehler die Katastrophe herbeigeführt habe, sondern daß der Baugrund nachgegeben habe. Aus den Zeichnungen und Unterlagen wurde der Staatsanwaltschaft nachgewiesen, daß vor Beginn der Bauteile der Baugrund bis zu einer Tiefe von 18 Metern unter der Flußsohle geprüft worden sei, während der Pfeiler mit seinen Fundamenten nur 12 Meter unter dem Strombett gestanden hat. Die Stadt Garg hat die Allgemeine Bauingenieurgesellschaft Berlin beauftragt, den Neubau vorzunehmen. Ein Beweis, daß kein Materialfehler vorliegt, wird in der Tatsache erblickt, daß die Brückenbogen keinen Riß aufwiesen, obwohl durch den Einsturz des Pfeilers ihre Spannung sich nahezu verdreifacht hat.

Der Abflug der Luftkassa. Nach einem bei der deutschen Luftkassa eingegangenen Funkpruch haben die beiden Ostasiengroßflugzeuge der Deutschen Luftkassa auf dem Rückflug gestern das Uralgebirge passiert. Sie dürften heute in Moskau eintreffen.

Die Typhusepidemie in Hannover.

Forderungen der SPD-Fraktion.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion der Stadt Hannover nahm zu der herrschenden Typhusepidemie Stellung und unterbreitete dem Magistrat und der Öffentlichkeit nachstehende Forderungen:

„Nach der Beurteilung von Sachverständigen ist die erschreckende Ausbreitung der gegenwärtigen Typhusepidemie in Hannover mit größter Wahrscheinlichkeit auf die zeitweise Verseuchung des Nidlinger Wasserwerkes zurückzuführen. Durch gründliche Vernachlässigung der beaufsichtigenden und untersuchenden Instanzen ist eine rechtzeitige Warnung vor der drohenden Gefahr unterblieben. Dadurch ergibt sich eine Haftung der Gemeinde und des Staates für alle entstandenen Einzel- und Gesamtschäden.“

Der erschreckend hohe Stand der Erkrankungen beweist, daß in sanitärer und hygienischer Beziehung in unserer Stadt große Mängel bestehen, die unbedingt und schnellstens beseitigt werden müssen. Das Hochwasser zu der ungewöhnlichen Zeit des Sommers ist mit seinen Begleiterscheinungen als die Ursache der Typhusepidemie anzusehen. Es ist deshalb die schon längst fällige großzügige Flußregulierung in Angriff zu nehmen, um eine Wiederholung unmöglich zu machen. Da weiter eine völlige Verschmutzung der Flußläufe, besonders in ihrem unteren Lauf, festzustellen ist und damit eine Seuchengefahr, ist von den aufsichtführenden Instanzen zu fordern, daß schnellstens Wandel geschaffen wird. Gegebenenfalls muß durch Anwendung drastischer Maßnahmen dieses erzwungen werden. Durch Bepflanzung und Abwässerung der Straßen sowie sonstige Benutzung des Flußwassers besteht täglich die Gefahr neuer Infektionen.

Die Wasserversorgung Hannovers ist ungenügend und im Nidlinger Werk veraltet. Der Aus- und Neubau der projektierten Anlagen ist daher unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Widerstände der Kallinteressenten sowie Grundbesitzer sind durch geeignete Maßnahmen bei den Staats- und Reichsstellen zu brechen. Daneben ist für eine fortlaufende sorgfältige bakteriologische und chemische Untersuchung der städtischen sowie privaten Wassergewinnungsanlagen Sorge zu tragen. Die gegenwärtige Epidemie ergibt ferner die dringende Notwendigkeit für den sofortigen Ausbau der Kanalisation. Mit der Kanalisierung der ehemaligen Vororte ist sofort zu beginnen. Ständische Zustände bestehen gegenwärtig in Linden. Die dortige Kanalisation als sogenannter Regenwasserkanal, steht fast überall mit den in den Häusern befindlichen Abortgruben in Verbindung. Die meist durchlässigen Senkgruben verfeuchten gegenwärtig nicht nur das Grundwasser, sondern auch die Flußläufe, weil die Abwässer der Kanalisation ohne jegliche vorherige Klärung oder Desinfizierung in die Seine fließen. Bei der hohen Zahl der Seuchenträger gerade in Linden, ist daher anzunehmen, daß durch die Ausscheidungen die Flußläufe zeitweise verseucht sind. Dabei ist weiter zu beachten, daß eine Unmenge Vieh auf den Weiden aus der Seine getränkt wird. Im engen Zusammenhang hiermit stehen die unzulänglichen Kläranlagen in Reinhausen. Diese hätten schon längst aus dem Bereich des Stadtgebietes heraus weit unterhalb Strödens in moderner Weise, insbesondere durch Rieselfeld, vergrößert und ausgebaut werden müssen. Eine sofortige Klärung fordert auch die schon von den städtischen Kollegien beschlossene und für das nächste Jahr in Aussicht gestellte Klärwerksführung in Linden. Ungeheure Staubplage, gesundheitliche Schädigungen sowie sonstige Unzulänglichkeiten sind das Charakteristikum des gegenwärtigen Zustandes. Ein unpalatabler Zustand ist es, daß die Stadt Hannover an ihrer Spitze keinerlei Organ für das Gesundheitswesen besitzt. Unzulängliche Maßnahmen und ein wirres Durcheinander bei Ausbruch der Seuche waren die Folgen. Wir fordern daher unverzüglich eine kommunale Gesundheitsverwaltung mit einem Medizinrat an der Spitze. Zum Schluß verlangen wir ferner eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln des Reiches, Staates und der Gemeinde, um umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche ergreifen zu können. Außerdem sind die materiellen Schäden, die dem einzelnen, den Krankenfamilien und anderen Körperschaften durch die Typhusepidemie verursacht entstanden sind, voll zu ersetzen.“

Wochentags-Ausflugskarten.

Eine anerkannt wertvolle Neuanrichtung hat die Reinickendorf-Liebenwalde-Groß-Schönebecker Kleinbahn getroffen. Die auf dieser Bahn in der Zeit vom April bis September nach einigen Stationen zur Ausgabe gelangenden Ausflugskarten werden fortan das ganze Jahr hindurch nach allen Stationen und von diesen auch nach Reinickendorf-Rosenthal ausgegeben. Diese Maßnahme soll den Zweck haben, der Berliner Bevölkerung nicht nur des Sonntags, sondern auch in der Woche Gelegenheit zu geben, für einen ermäßigten Fahrpreis die an dieser Strecke gelegenen Orte aufzusuchen. In umgekehrter Richtung soll die Landbevölkerung die Möglichkeit haben, wochentags für einen ermäßigten Fahrpreis nach Berlin zu kommen, um die Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt in Augenschein zu nehmen, insbesondere Museen, Theater usw. besuchen zu können. Nach wie vor werden an Sonn- und Festtagen und am Tage vor diesen Ausflugskarten ausgegeben. Der herannahende Herbst wird Wanderlustigen in den ausgedehnten Wäldern, insbesondere in den Buchenwäldern um Wandlitz herum, sehr viel Freude bereiten. Man kann dieses Beispiel einer Kleinbahn dem großen Bruder dringend zur Nachahmung empfehlen.

Große Sonnenfleckenengruppen etwa in Größe von 25 Erdkugeln haben sich neu gebildet und sind heute von Direktor Dr. Archenhold mit dem großen Fernrohr der Treptow-Sternwarte beobachtet und fotografiert worden. Die Aufnahmen werden den Besuchern der Treptow-Sternwarte gezeigt und später im „Weltall“ veröffentlicht. Mit dem großen Fernrohr können bei dem jetzigen klaren Wetter die Sonnenflecken in der Zeit von 2-5 Uhr beobachtet werden. Außerdem wird mit dem großen Fernrohr abends von 8½ Uhr bis Untergang der Mond, dann bis 11 Uhr der Jupiter gezeigt.

Ein Flugzeug von einem Zuge zertrümmert. Der Flugzug Kratau-Danzig hat wenige Kilometer vor Brounberg ein Flugzeug überfahren, das am Bahnkörper notgelandet war. Das Flugzeug wurde zertrümmert. Der Flugzeugführer blieb unverletzt.

Das Abkommen von Washington.

Die Grundlage der wirtschaftlichen Verständigung.

Anfang dieses Jahres schien es, als ob die Londoner Vereinbarungen und der Ratifikation des Washingtoner Abkommens endlich näher bräuchten. Die inzwischen eingetretene politische und wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Staaten hat einen Teil dieser Hoffnungen bald wieder zerstört. Immerhin läßt auch die augenblickliche europäische Lage noch bestimmte Fortschritte hinsichtlich der Ratifikation des Washingtoner Abkommens erkennen.

Diese allgemeine Lage gab dem Sonderberichterstatter vom „Soz. Pressedienst“ in Genf Anlaß, den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Genossen Albert Thomas als berufene Persönlichkeit über die gegenwärtigen Aussichten für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, insbesondere die Aussichten in Deutschland, zu befragen. Albert Thomas antwortete in einer längeren Darlegung, aus der wir folgendes wiedergeben:

„Ich habe mich vor einigen Wochen in einem längeren Artikel mit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens eingehend befaßt und die neuesten Gefahren aufgezeigt. Die Lage hat sich inzwischen etwas verändert, und wenn sie augenblicklich auch noch nicht so ist, wie wir es wünschen, so bestehen doch immerhin einige günstige Anhaltspunkte für die Verwirklichung eines lange erstrebten Zieles. Neben der Ratifikation durch das belgische Parlament, die um so beachtenswerter ist, als sie mitten in die Zeit der Stabilisierung fällt, scheint mir die Lage in Frankreich einige Hoffnungen zu gestatten. Dieses Land hat in den letzten Monaten verschiedene Ministerkrisen erlebt, ohne daß der Achtstundentag davon berührt worden wäre. Es wird von der Initiative der französischen Gewerkschaften abhängen, daß bei dem Zusammentritt der Parlamente im Herbst der bereits fertiggestellte Bericht der Senatskommission auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Seine Verabschiedung würde eine Ergänzung der Fortschritte darstellen, die in Genf im Geiste der Locarno-Politik erreicht worden sind. In dem französischen Gesetzentwurf wird die Ratifikation von der Ratifikation der deutschen Reichsregierung abhängig gemacht. Auf diese Weise wird man zu einer Bewegung der Ideen, zu einem neuen Vorstoß zugunsten der Internationalisierung der Reformen gelangen.“

Auch die Lage in England hinsichtlich des Achtstundentags ist nicht allzu pessimistisch zu betrachten. Ist es nicht bezeichnend, daß man schon jetzt davon spricht, auf das Gesetz über den Achtstundentag in den Bergwerken zu verzichten? Ist das nicht der Beweis für die Nichtigkeit der Hoffnungen all derer, die glauben, daß der Achtstundentag die Grundlage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, ja selbst die Grundlage einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen verschiedenen Mächten ist? Ich bin überzeugt, daß man in den nächsten Jahren täglich mehr einsehen wird, wie sehr gerade gute Arbeitsbedingungen die eigentliche Voraussetzung internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit darstellen.“

In bezug auf die Ratifikationsaussichten in Deutschland erklärte Albert Thomas: „Der endgültige Text des neuen deutschen Arbeitszeitgesetzes befindet sich noch nicht in meinem Besitz. Die Artikel jedoch, die uns zur Kenntnis gelangt sind, sowie die Diskussionen, die in London stattgefunden haben und die Londoner Vereinbarungen zur Folge hatten, haben die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung erwiesen, das Gesetz in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen fertigzustellen.“

Ich habe im übrigen die Rede des Arbeitsministers gelesen, die er vor einigen Monaten gehalten hat. Das ist die letzte deutsche amtliche Verlautbarung, von der ich Kenntnis habe. Sie gibt uns die Versicherung, daß die deutsche Regierung an der Spitze der Arbeiterschubbewegung bleiben will. Gewiß können bestimmte Vorfälle der letzten Zeit, wie das italienische Arbeitszeitgesetz, die Wirksamkeit der Ratifikation verzögern, aber das, was ich Ihnen vorher über die unvermeidliche Notwendigkeit der Bewegung gesagt habe, läßt mich zu der Meinung kommen, daß der Tag der Ratifikation durch Deutschland bald kommen wird.“

Rückblick auf Sonntag.

Die Zentrale der APD. ist nicht zufrieden.

Das Zentralkomitee der APD. fühlt sich bemüht, zu der Demonstration am Sonntag eine Verlautbarung herauszugeben. Sie drückte den Gewerkschaften ihre allerhöchste Unzufriedenheit aus. Daß „gewaltige“ Massen erschienen waren, kann die Zentrale der APD. zu ihrem tiefsten Schmerz nicht leugnen. Es ist eben ein Unterschied für die Arbeiterschaft, ob sie von der deutschen Sektion der herrschenden Partei Ruhlunds oder ob sie von den freien Gewerkschaften zu einer Demonstration aufgerufen wird.

Gewaltige Massen waren also da. Aber, sagte die Zentrale der APD., indem sie mit strafender Gebärde den Zeigefinger hochreckt:

„es unterliegt keinem Zweifel, daß ihre Zahl doppelt und dreifach größer gewesen wäre, wenn die Berliner Gewerkschaftsführer durch ein wirkliches Eintreten für die alltäglichen Nöte und Forderungen der Arbeiterschaft, durch einen ernsthaften Klassenkampf gegen das schornmacherische Unternehmertum das Vertrauen neuer, zum großen Teil nicht unorganisiert Hunderttausender erobert, den Kampfsgeist, das gewerkschaftliche Klassenbewußtsein der riesenhaften Berliner Arbeiterbevölkerung geweckt hätten.“

Die Gewerkschaften haben es durchgelesen, daß die Bezugsdauer für die Erwerbslosenfürsorge nach und nach ausgedehnt wurde und sie werden dafür sorgen, daß sie noch mehr ausgedehnt wird. Sie haben dafür gesorgt, daß die Bezüge erhöht wurden und sie werden in diesem Falle ihre Arbeit fortsetzen. Sie haben dafür gesorgt, daß Notstandsarbeiten organisiert wurden

und daß die Reichsregierung ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt hat. Auch hier werden die Gewerkschaften in ihrer Aktion nicht erlahmen.

Alles das ist nach der Zentrale der APD. kein „ernsthafter“ Klassenkampf und kein „wirkliches“ Eintreten für die Nöte der Arbeiterschaft. Roter Frontkämpfertag, Kongreß der Werttätigen, Betriebsratskongreß, Arbeiterdelegation und sonstiger Kummel, das ist der echte Klassenkampf, wie ihn Moskau wünscht. Der tut den Unternehmern nichts, aber Klamauk kann man machen und kilometerlange Resolutionen annehmen.

Dann stellt die Zentrale der APD. heraus, daß es nur den Kommunisten und den Roten Frontkämpfern, „die geschlossen an der Demonstration teilnahmen“, zu danken gewesen sei, daß die Demonstration überhaupt noch etwas ausgefallen hat.

Es ist richtig, daß die Roten Frontkämpfer und die Anhänger der APD. sich maßig zu machen versuchten. Sie wurden aber von der Masse der Teilnehmer erdrückt und wagten sich schließlich nicht mehr hervor. Und das ist es, was der Zentrale der APD. auf die Nerven gefallen ist. Die Kommunisten verstanden noch nicht, „mit genügender kommunistischer Festigkeit“ aufzutreten.

Dazu hätten wir zu bemerken, daß die Unverschämtheit, die sich die Roten Frontkämpfer und die APD. überhaupt zunächst am Sonntag geleistet haben, bevor die große Masse der Demonstranten aufmarschiert war, in Zukunft nicht wieder gebildet werden können. Ihre „Festigkeit“ möge die APD. bei ihren eigenen Demonstrationen bekunden, so viel sie Lust hat; bei den Gewerkschaften hat sie nichts zu suchen.

Trotz Arbeitslosigkeit Ueberschichten.

Was macht die Aufsichtsbehörde?

Bohum, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Besserung im Bergbau des Bodumer Reviers hält an. Die Belegschaften der Sechen „Prinzregent“, „Karl Friedrich“, „Julius Philipp“ und „Friederika“ verfahren regelmäßig Ueberschichten. Die Kohlenhalde der Sechen sind in raschem Abnehmen begriffen.

Der stillgelegte Schacht „Kleine Windmühle“ in Oberprochhövel wird am 21. September wieder in Betrieb genommen. Er gehört dem Elberfelder Glanzstoffwerken und beschäftigt etwa 200 Mann. Es ist seit dem Stilllegungsprojekte das erste Mal, daß fälschlich der Ruhr ein stillgelegter Schacht wieder in Betrieb genommen wird.

Was man den deutschen „Delegationen“ zeigt.

Und was sie nicht sehen.

Ueber die Besuche und Veranstaltungen, die zu Ehren und zur Unterrichtung der deutschen Arbeiterdelegationen unternommen werden, bringt die Gewerkschaftspressen fortlaufend spaltenlange Berichte. Dabei wird dem russischen Leser eindringlich vorgehalten, wie entzückt und begeistert die Deutschen seien.

Der „Arb.“ vom 8. September Nr. 206 bringt über einen Besuch, den die deutschen Arbeiterinnen dem Werk „Der rote Oktober“ abgestattet haben, eine Mitteilung, die für die Art und Weise, wie der russische Leser über die Reise der Deutschen unterrichtet wird, bezeichnend ist:

„Erhalten die Arbeiterinnen Arbeitskleidung?“ fragte eine der deutschen Arbeiterinnen den Vorsitzenden des Betriebsrates. „Ja, wohl.“ war die Antwort. „Wird ihnen das Geld für die Arbeitskleidung vom Lohn abgezogen?“ „Auf dessen Rechnung wird die Arbeitskleidung gefärbert?“ „Müssen die Arbeiterinnen die Diefen der Bureauräume und Werkstätten selbst waschen?“ Auf diese Fragen erfolgt dem Bericht zufolge überhaupt keine Antwort. Es heißt einfach: „Das Fragen nahm seinen Fortgang.“

Ueber die tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Arbeiterkleidung, die vom Vorsitzenden des Betriebsrates so dargestellt wurden, als ob diese Kleidung vom Werk den Arbeiterinnen geliefert werde, gibt folgende Mitteilung Aufschluß, die wir dem „Arb.“ vom 7. September Nr. 205 entnehmen:

Frauenarbeit im Baugewerbe.

Auf einer Beratung des Verbandes der Arbeiterinnen des Baugewerbes in Moskau wurden folgende Feststellungen gemacht: Die Mehrheit der Arbeiterinnen hat nur eine geringe Arbeitsqualifikation, so daß sie häufig schlechter bezahlt werden als die männlichen Arbeiter für die gleiche Arbeit. Die Arbeiterinnen verschlechtern öfters infolge ihrer Unwissenheit ihre eigenen Arbeitsbedingungen. Sie verlängern den Arbeitstag, beachten nicht die Norm, die für Frauen bezüglich der Traglasten, z. B. beim Transport von Brettern, festgelegt ist usw.

Sehr schlecht ist es bestellt mit Arbeitskleidung und Schuhwerk. An den Waggons z. B. arbeiten die Arbeiterinnen barfuß, weil ihnen Werkkleidung überhaupt nicht zusteht. Die Folge davon sind häufige Erkrankungen unter den Arbeiterinnen. In den gemeinsamen Wohnräumen herrscht Engigkeit und viele von den Wohnungsheimen entsprechen nicht den hygienischen Anforderungen. Schranke gibt es in den Wohnungsheimen überhaupt nicht. Ihre Nahrungsmittel verpacken die Arbeiterinnen unter den Bettdecken. Gemeinsame Mahlzeiten im Anschluß an einen Konsumverein gibt es bei den Werken nicht. Aus diesem Grunde nehmen viele Arbeiterinnen nur kalte Nahrung zu sich. Kinderkrippen gibt es bei den Ziegeleien überhaupt nicht, was die Arbeiterinnen vielfach in eine sehr schwierige Lage bringt. Diese Mitteilungen stehen in einem trassen Gegenlag zu dem, was die deutschen Delegierten zu sehen bekommen haben. Aber offenbar waren diese Delegierten der APD. im Grunde herzlich froh, daß man ihnen Potemtsche Dörfer vormachte.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: Felix Göttern; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schifano; Soziales und Genosses: Felix Kahlert; Anzeigen: Th. Glade; Schriftlich in Berlin: Berlag: Bernhardt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Hält, Gesch., Bein-, schmerz, Rheuma, Reiden, Neuralgie, Hexenschauß. Heilung nachweislich durch das anerkannt erfolgreichste, v. maßig, ärztlich Autoritäten erstklassig begutachtete und bewährte Heilverfahren in 2-15 Behandlungen. Lefmann, Gemiliner Straße 14, 10-12, 4-7, Sonntags 11-11. Heil orthopä. oder Streckverfahren.

Oefen
Eiserne Oefen - Kachelofen
Herde
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C. 25
Alexanderplatz 49

Hausmusik auf Kredit!
Erstkl. Sprech-Apparate
mit Plattenzugabe.
Geringe Anzahlung und kleinste Rate
Platten aller Marken zu Listenpreisen in großer Auswahl.

Musikhaus E. Feldhammer
Berlin S 42, Ritterstr. 84. Telefon: Bönhoff 2334
Fordern Sie kostenlosen Prospekt ein oder besichtigen Sie meine Vorführungsanlage von 9-7 Uhr (auch Sonnabends)

Kaufen Sie nur in einem Spezial-Sprechmaschinen-Geschäft!

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe

Kunststoff-Gardinen	2.90
Madras-Gardinen	4.-
Stores	2.20
3erdecken 1bettig	4.-
Bettdecken 2bettig	0.-

Spez.-Gardinenwerkst. **Neukölln, Bergstr. 67** am Riesenbahnhof. Kein Laden!

la. Eiderleitzkäse
9 Pfg. M. 6.- frko. Dampfkeusefabrik Rendsburg.

URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher
vierteljährlich... nur 1.60 Mk.
mit Ganzleinen-Buch 2.25 Mk.
Probhefte und Prospekte gratis

Zu beziehen durch die Annahmestellen und die Botenfrauen des „Vorwärts“

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526

Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Plötzburg 9631

Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Königstadt 540

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Metalbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten günstig zu hie, Kat. 650 ir. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Besonders Wichtig sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Sonntags-Ausgabe **billig!**
die „Vorwärts“ und anderen selbstverständlich!